Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Informationszentrum
Asyl und Migration



Länderkurzinformation Venezuela

Humanitäre Lage

Stand: 11/2026

Asyl und Flüchtlingsschutz

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrecht zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke ist nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Die Inhalte dürfen ohne gesonderte Einwilligung lediglich für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch sowie ausschließlich amtsinternen Gebrauch abgerufen, heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden, wenn alle urheberrechtlichen und anderen geschützten Hinweise ohne Änderung beachtet werden.

Copyright statement

This report/information is subject to copyright rules. Any kind of use of this report/information – in whole or in part – not expressly admitted by copyright laws requires prior approval by the Federal Office of Migration and Refugees (Bundesamt). This applies in particular to the reproduction, adaptation, translating, microfilming, or uploading of the report/information in electronic retrieval systems. Reprinting and reproduction of excerpts for internal use is only permitted with reference to the source and prior consent of the Bundesamt.

Use of the report/information may be made for private, non-commercial and internal use within an organisation without permission from the Bundesamt following copyright limitations.

Disclaimer

Die Information wurde gemäß der EUAA COI Report Methodology (2023) sowie den Qualitätsstandards des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2022) auf Grundlage sorgfältig ausgewählter und zuverlässiger Informationen innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens erstellt. Alle zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, bewertet und aufbereitet. Alle Quellen werden genannt und nach wissenschaftlichen Standards zitiert.

Die vorliegende Ausarbeitung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Findet ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation keine Erwähnung, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder die betreffende Person oder Organisation nicht existiert. Der Bericht/die Information erlaubt keine abschließende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf Asyl-, Flüchtlings- oder subsidiären Schutz berechtigt ist. Die benutzte Terminologie sollte nicht als Hinweis auf eine bestimmte Rechtsauffassung verstanden werden. Die Prüfung des Antrags auf Schutzgewährung muss durch den für die Fallbearbeitung zuständigen Mitarbeiter erfolgen. Die Veröffentlichung stellt keine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dar.

Diese Ausarbeitung ist öffentlich.

Disclaimer

The information was written according to the „EUAA COI Report Methodology“ (2023) and the quality standards of the Federal Office for Migration and Refugees (Bundesamt) (2022). It was composed on the basis of carefully selected and reliable information within a limited time frame. All information provided has been researched, evaluated and analysed with utmost care within a limited time frame. All sources used are referenced and cited according to scientific standards.

This document does not pretend to be exhaustive. If a certain event, person or organization is not mentioned, this does not mean that the event has not taken place or that the person or organization does not exist. This document is not conclusive as to the merit of any particular claim to international protection or asylum. Terminology used should not be regarded as indication of a particular legal position. The examination of an application for international protection has to be carried out by the responsible case worker. The information (and views) set out in this document does/do not necessarily reflect the official opinion of the Bundesamt and makes/make no political statement whatsoever.

This document is public.

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort 1

2. Die Ausgangssituation 1

2.1 Der Kontext der humanitären Notlage 1

2.2 Der Verlauf der humanitären Notlage 2

2.3 Die humanitäre Notlage vor den Erdbeben vom 24. Juni 2026 5

3. Die Situation nach den Erdbeben vom 24. Juni 2026 7

Annex: Interviewprotokolle i

1. Vorwort

Die vorliegende Länderkurzinformation (LKI) gibt einen Überblick über die humanitäre Lage in Venezuela und stellt dabei die Situation vor den Erdbeben vom 24. Juni 2026 den humanitären Auswirkungen der Naturkatastrophe gegenüber. Dabei werden insbesondere die bereits zuvor bestehenden humanitären Bedarfe sowie die durch die Erdbeben entstandenen zusätzlichen Verschärfungen betrachtet.

In die Bearbeitung dieser LKI sind auch Erkenntnisse aus Online-Interviews mit deutschen Mitarbeitenden zweier humanitärer Hilfsorganisationen, die im Zusammenhang mit den Erdbeben im Einsatz waren, eingeflossen. Das erste Gespräch fand am 20. August 2026 mit Franziska Jörns statt, die als humanitäre Koordinatorin bei CARE Deutschland tätig ist. Am 21. August 2026 wurde schließlich Jonas Jung interviewt, der als Nothilfekoordinator bei Malteser International arbeitet und unmittelbar nach den Erdbeben vor Ort war.

2. Die Ausgangssituation

2.1 Der Kontext der humanitären Notlage

Die humanitäre Lage in Venezuela ist vor dem Hintergrund einer seit mehreren Jahren andauernden multidimensionalen Krise zu betrachten, die politische, wirtschaftliche, soziale und institutionelle Entwicklungen miteinander verbindet.[1] Insbesondere ab dem Jahr 2016 wurde die Situation zunehmend auch international als humanitäre Krise wahrgenommen.[2]

Die Notlage entwickelte sich im Zuge einer sich zunehmend verschärfenden Staatskrise, die ab Mitte der 2010er-Jahre aufgrund des fortschreitenden Verfalls staatlicher und gesellschaftlicher Kapazitäten im Rahmen politischer Instabilität zu erheblichen Beeinträchtigungen des Zugangs zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen geführt hat. Der Niedergang der Leistungsfähigkeit des Staates schritt langsam voran und ist auch im Zusammenhang mit den staatlichen Öleinnahmen zu betrachten. Zwischen den Jahren 2004 und 2012 wurden beträchtliche Einnahmen aus dem Ölgeschäft erzielt. Laut der NRO HumVenezuela überdeckten diese Jahre des Ölbooms jedoch einen Kontext, der durch die Untergrabung demokratischer Institutionen, die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit, die Beeinträchtigung der Menschenrechte sowie einen tiefgreifenden Verfall der Produktionstätigkeit und der Systeme für soziale Güter und Dienstleistungen gekennzeichnet war.[3]

Der ab dem Jahr 2014 einsetzende starke Rückgang der Ölpreise führte auch aufgrund der hohen Abhängigkeit des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von fossilen Brennstoffen zu einem erheblichen wirtschaftlichen Verfall.[4] Allein zwischen den Jahren 2013 und 2018 fiel das BIP um 52 %.[5]

[1] bpb, Kriege und Konflikte: Venezuela, Bundeszentrale für politische Bildung, letzte Aktualisierung 30.08.2024; SWP, SWP-Aktuell: Venezuelas Polykrise, Stiftung Wissenschaft und Politik, letzte Aktualisierung 07.08.2020; CFR, Stabilizing Venezuela: Scenarios and Options, Council on Foreign Relations, letzte Aktualisierung 14.06.2019.

[2] SWP, Venezuela auf dem Weg ins Abseits, Stiftung Wissenschaft und Politik, letzte Aktualisierung 31.07.2017; HRW, Venezuela's Humanitarian Crisis: Severe Medical and Food Shortages, Inadequate and Repressive, Human Rights Watch, letzte Aktualisierung 24.10.2016; The New Humanitarian, Venezuela's never-ending downward spiral, letzte Aktualisierung 28.06.2016; ICG, Venezuela: Edge of the Precipice, International Crisis Group, letzte Aktualisierung 24.06.2016.

[3] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 41, letzte Aktualisierung 31.03.2026; HumVenezuela, Venezuela in Complex Humanitarian Emergency: Collapse and Gaps of Social Deprivation in Communities, 8, letzte Aktualisierung 08.08.2023.

[4] HumVenezuela, Venezuela in Complex Humanitarian Emergency: Collapse and Gaps of Social Deprivation in Communities, 8, letzte Aktualisierung 08.08.2023.

[5] bpb, Aus Politik und Zeitgeschichte: Venezuela, Fluch der Ressourcen, letzte Aktualisierung 16.09.2019.

Aufgrund der Dominanz der Öleinnahmen für die Wirtschaft und der Häufung von politischen Fehlentscheidungen erwiesen sich die niedrigen Preise auch im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Staaten insbesondere in Venezuela als folgenschwer und wurden als Treiber für den Beginn einer humanitären Krise identifiziert.[6] Das Land wird in diesem Zusammenhang als Beispiel für einen sogenannten „Petrostaat" genannt, in dem neben der hohen Abhängigkeit von Öleinnahmen auch die Machtkonzentration auf eine elitäre Minderheit, schwache politische Institutionen und weitverbreitete Korruption vorherrschen.[7]

2.2 Der Verlauf der humanitären Notlage

Ab dem Jahr 2014 verschärfte sich die bereits im Gang befindliche politische, institutionelle und wirtschaftliche Erosion zu einer ausgeprägten und tiefgreifenden Krise. Der Rückgang der Öleinnahmen und die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit führten zu einer erheblichen Einschränkung der Importkapazitäten und damit zu einer Verschlechterung der Versorgungslage. Es kam zu Engpässen u.a. bei Lebensmitteln und Medikamenten, die auch von einer steigenden Inflationsrate begleitet wurden. HumVenezuela berichtet in diesem Zusammenhang, dass das Jahr 2014 einen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch zementiert habe, der dazu geführt habe, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Nahrungsmittelknappheit, mangelnder Gesundheitsversorgung, Wassermangel und dem Ausfall weiterer Versorgungsleistungen wie Strom und Gas betroffen gewesen sei. Zugleich stieg der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung nach den von der NRO herangezogenen Daten zwischen den Jahren 2014 und 2016 von 48,4 % auf 81,8 %.[8]

Vor dem Hintergrund eines mangelnden Zugangs zu öffentlichen Informationen zur Situation im Land waren es venezolanische Menschenrechtsorganisationen, die ab Ende 2015 erstmals davor warnten, dass eine humanitäre Krise bestehe. Auf Grundlage von Berichten von mehr als 150 zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde das Ausmaß der Beeinträchtigungen für die Bevölkerung hinsichtlich des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung und Existenzgrundlagen verdeutlicht. Während die Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) der Europäischen Union NRO-Aussagen zufolge diese Befunde durch eigene Dokumentation bestätigte, berichteten UNO-Organisationen, die im Land aktiv waren, zunächst unzureichend oder lediglich unter Bezugnahme auf offizielle Informationen, welche die Realität nicht abbildeten.[9]

Bis zum Jahr 2016 weitete sich die Notlage auf einen großen Teil der Bevölkerung aus und schließlich begannen auch internationale Akteure damit, zunehmend über die daraus resultierenden humanitären Bedürfnisse und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung zu berichten und die Situation in Venezuela als humanitäre Krise zu beschreiben. Hierunter fielen u.a. die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und auch die UNO.[10] Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IACHR) wies in einer Stellungnahme vom 22. Juli 2016 auf den extremen Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten hin, der zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt habe.[11] Der damals amtierende UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon bezeichnete in einem Interview vom 10. August 2016 die Situation im Land als humanitäre Krise.[12] Der damalige Hohe Kommissar der UNO für Menschenrechte Seid al-Hussein verwies in einer Rede vom 13. September 2016 zusätzlich auf einen dramatischen Rückgang bei der Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialer Rechte, der mit zunehmend verbreitetem Hunger und einer sich drastisch verschlechternden Gesundheitsversorgung einhergehe.[13]

---

[6] Brookings, Three things to know about the impact of low oil prices on Latin America, letzte Aktualisierung 17.02.2016.
[7] CFR, Venezuela: The Rise and Fall of a Petrostate, Council on Foreign Relations, letzte Aktualisierung 31.07.2024.
[8] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 41, letzte Aktualisierung 31.03.2026; HumVenezuela, Venezuela in Complex Humanitarian Emergency: Collapse and Gaps of Social Deprivation in Communities, 8-9, letzte Aktualisierung 08.08.2023.
[9] HPN, Humanitarian Exchange: The complex humanitarian emergency in Venezuela, Humanitarian Practice Network, 5, letzte Aktualisierung 22.04.2022.
[10] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 40, letzte Aktualisierung 31.03.2026.
[11] IACHR, IACHR Calls on Venezuelan State to Adopt Comprehensive Measures in the Face of Scarcity in Venezuela, Inter-American Commission on Human Rights, letzte Aktualisierung 22.07.2016.
[12] La Nación, Ban Ki-moon: "En Venezuela hay una crisis humanitaria", letzte Aktualisierung 10.08.2016.
[13] UNHCR, Opening Statement by Zeid Ra'ad Al Hussein, United Nations High Commissioner for Human Rights, at the 33rd session of the Human Rights Council, United Nations High Commissioner for Human Rights, letzte Aktualisierung 13.09.2016.

Die NRO Human Rights Watch (HRW) thematisierte erstmals in ihrem Jahresbericht zum Jahr 2015 den mangelnden Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten.[14] Im Jahresbericht zum Jahr 2016 wies HRW schließlich auf eine umfassende humanitäre Krise hin und zeigte u.a. auf, dass es in 76 % der öffentlichen Krankenhäuser einen gravierenden Mangel an grundlegenden Medikamenten gegeben habe. Zudem seien die Säuglings- und Müttersterblichkeitsraten zwischen 2013 und 2016 um 45 % gestiegen. Außerdem wurde auf eine Umfrage aufmerksam gemacht, in der 87 % der Befragten angaben, Schwierigkeiten beim Kauf von Lebensmitteln gehabt zu haben.[15]

In einem separaten Bericht zur humanitären Krise vom 24. Oktober 2016 schilderte HRW, dass die Regierung den Umfang der Krise heruntergespielt und nicht mit ausreichender Dringlichkeit gehandelt habe, um sie zu lindern. Regierungsvertretern zufolge seien Versorgungsengpässe das Ergebnis eines „Wirtschaftskriegs" gewesen, der von der politischen Opposition, der Privatwirtschaft und ausländischen Mächten geführt worden sei. So erklärte bspw. die damalige Außenministerin Delcy Rodríguez vor der OAS, dass es in Venezuela keine humanitäre Krise gebe. Zugleich verhinderte die Regierung die Umsetzung einer Gesetzesinitiative der oppositionell dominierten Nationalversammlung, die internationale Unterstützung zur Bewältigung der Gesundheitskrise ermöglichen und die Einfuhr von Medikamenten aus dem Ausland erleichtern sollte.[16] Staatliche Subventionsprogramme, wie bspw. das Lebensmittelprogramm der sog. Lokalen Komitees für Versorgung und Produktion (span. Comité Local de Abastecimiento y Producción, CLAP)[17], das im Jahr 2016 ins Leben gerufen wurde, wiesen zahlreiche Mängel auf und dienten stark politisierten Zwecken.[18]

Die NRO Amnesty International (AI) machte in einer Stellungnahme vom 10. Juni 2016 darauf aufmerksam, dass die Leugnung der humanitären Krise durch die Behörden sowie deren Weigerung, internationale Hilfe anzufordern, das Leben vieler Menschen gefährde. Außerdem sei die Kombination aus schwerwiegenden Nahrungsmittel- und Medikamentenengpässen mit sehr hohen Kriminalitätsraten, anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und schlecht durchdachten politischen Maßnahmen das „Rezept für eine gewaltige Katastrophe".[19]

Zunehmend wurde in den Berichten internationaler Organisationen und von NROs sowie in der Medienberichterstattung damit begonnen, den Fachterminus „complex humanitarian emergency"[20] (dt. komplexe humanitäre Notlage) für die Situation in Venezuela zu verwenden.[21]

Diese Darstellung des „Wirtschaftskriegs" lieferte laut HRW der Regierung zudem eine öffentliche Rechtfertigung für den Einsatz autoritärer Taktiken, um ihre Kritikerinnen und Kritiker einzuschüchtern und zu bestrafen. Es hätte zahlreiche dokumentierte Fälle gegeben, in denen Personen als Reaktion auf öffentliche Kritik oder geäußerte Besorgnis über den Umgang der Regierung mit der humanitären Krise Einschüchterungen oder Gewalt durch Staatsbedienstete ausgesetzt gewesen seien. HRW zufolge wurden auch Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte in öffentlichen Krankenhäusern mit der Entlassung aus ihrem Dienst bedroht, nachdem sie sich öffentlich zu den Versorgungsengpässen geäußert hatten.[22]

---

[14] HRW, World Report 2016: Venezuela, Human Rights Watch, o.D.
[15] HRW, World Report 2017: Venezuela, Human Rights Watch, o.D.
[16] HRW, Venezuela's Humanitarian Crisis: Severe Medical and Food Shortages, Inadequate and Repressive, Human Rights Watch, 6-7, letzte Aktualisierung 24.10.2016.
[17] Nähere Informationen zum CLAP-Programm können der Länderkurzinformation Venezuela 06/25: Wirtschaftliche und humanitäre Lage entnommen werden.
[18] HumVenezuela, Venezuela in Complex Humanitarian Emergency: Collapse and Gaps of Social Deprivation in Communities, 9, letzte Aktualisierung 08.08.2023.
[19] AI, Venezuela: Stubborn politics accelerate catastrophic humanitarian crisis, Amnesty International, letzte Aktualisierung 10.06.2016.
[20] Eine komplexe Notlage wird von der UNO wie folgt definiert: „Eine humanitäre Krise in einem Land, einer Region oder einer Gesellschaft, in der es aufgrund interner oder externer Konflikte zu einem vollständigen oder erheblichen Zusammenbruch der staatlichen Autorität gekommen ist und die eine internationale Reaktion erfordert, die über das Mandat oder die Kapazitäten einer einzelnen Organisation und/oder des laufenden Länderprogramms der Vereinten Nationen hinausgeht."; direkte Zitate in dieser Ausarbeitung beruhen auf einer Übersetzung des Verfassers.
[21] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 41, letzte Aktualisierung 31.03.2026; HRW, Venezuela's Humanitarian Emergency: Large-Scale UN Response Needed to Address Health and Food Crises, Human Rights Watch, 2, letzte Aktualisierung 04.04.2019; La Razón, De la crisis a la emergencia humanitaria compleja, letzte Aktualisierung 09.11.2017.
[22] HRW, Venezuela's Humanitarian Crisis: Severe Medical and Food Shortages, Inadequate and Repressive, Human Rights Watch, 7f, 58, letzte Aktualisierung 24.10.2016.

Die folgenden Jahre waren von einer u.a. durch eine extreme Hyperinflation begleiteten Verschlechterung der humanitären Lage geprägt. Insgesamt war die humanitäre Krisensituation im Jahr 2017 von den Folgen der Hyperinflation, Ernährungsunsicherheit, mangelhafter Strom- und Wasserversorgung und dem Zusammenbruch des Gesundheitssystems geprägt. Viele Menschen waren aufgrund von Preissteigerungen zudem auf Rücküberweisungszahlungen aus dem Ausland (span. remesas) angewiesen. Gleichzeitig veranlasste die angespannte Situation kontinuierlich immer mehr Menschen dazu, das Land zu verlassen.[23] Allein zwischen Juli 2017 und Januar 2018 verdoppelte sich die Zahl der Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten im Nachbarland Kolumbien auf 600.000. Insgesamt stieg zwischen den Jahren 2015 und 2018 die Zahl der Migrierenden und Geflüchteten von rd. 123.000 auf rd. 3,4 Mio. Menschen an.[24] Die einsetzende Massenflucht wurde beginnend mit dem Jahr 2018 als größte Migrationskrise ihrer Art in der jüngeren Geschichte Lateinamerikas und als „Exodus" beschrieben.[25]

Die internationale humanitäre Hilfe nahm ab dem Jahr 2018 zu, nachdem sich der Diskurs der Regierung von einer vollständigen Leugnung der humanitären Krise hin zur Anerkennung einer wirtschaftlichen Krise gewandelt hatte. Die Regierung machte gleichzeitig jedoch von den USA gegen den Ölsektor verhängte Sanktionen für die Versorgungsengpässe verantwortlich, obwohl die humanitäre Krise bereits vorher eingesetzt hatte.[26]

Im Jahr 2018 begann die UNO damit, die Bereitstellung humanitärer Hilfe auszuweiten und damit die Maßnahmen nationaler und internationaler NROs zu ergänzen. In der ersten Hälfte des Jahres 2019 wurde schließlich eine entsprechende Struktur zur Koordinierung humanitärer Hilfe im Land eingerichtet. Neben der Ernennung eines humanitären Koordinators wurde die Anzahl des eingesetzten Personals vor Ort zwischen 2017 und April 2019 verdoppelt.[27]

Am 26. November 2018 bewilligte der Zentrale Nothilfefonds der UNO (Central Emergency Response Fund, CERF) erstmals seit Beginn der Krise Mittel in Höhe von 9,2 Mio. USD, die u.a. in humanitären Gesundheitsprogrammen für Kinder und Schwangere eingesetzt werden sollten.[28] Venezuela wurde dann erstmals im Dezember 2018 in den „Global Humanitarian Overview" des Amts der UNO für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (engl. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA) aufgenommen.[29]

Am 14. August 2019 legte OCHA den ersten „Humanitarian Response Plan" (HRP) für Venezuela vor, der für den Zeitraum Juli bis Dezember 2019 galt und darauf abzielte, mit einem Finanzierungsbedarf von 223 Mio. USD 2,6 Mio. besonders bedürftige Menschen im Land zu unterstützen. Die strategischen Ziele des HRP waren u.a. die Bereitstellung lebensrettender Hilfe, der Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen sowie die Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen.[30]

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten daraufhin in einer am 20. August 2019 veröffentlichten Stellungnahme den ihrer Ansicht nach auf unzureichenden Bedarfsdaten beruhenden HRP und dessen Unterfinanzierung. Zudem wurde auf eine laut den NROs fehlende systematische Berücksichtigung von Bedenken hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht.[31]

---

[23] Konrad Adenauer Stiftung, Die vergessene Krise, 1-5, letzte Aktualisierung 01.12.2018.
[24] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 40, letzte Aktualisierung 31.03.2026.
[25] HRW, The Venezuelan Exodus: The Need for a Regional Response to an Unprecedented Migration Crisis, Human Rights Watch, letzte Aktualisierung 03.09.2018; BBC, Crisis de Venezuela: "El éxodo de los venezolanos es el mayor de Latinoamérica en los últimos 50 años", British Broadcasting Corporation, letzte Aktualisierung 24.08.2018; NZZ, Der grosse Exodus aus Venezuela, Neue Zürcher Zeitung, letzte Aktualisierung 29.07.2018.
[26] HRW, Venezuela's Humanitarian Emergency: Large-Scale UN Response Needed to Address Health and Food Crises, Human Rights Watch, 2, letzte Aktualisierung 04.04.2019; ICG, High Noon over Humanitarian Aid at Venezuela's Border, International Crisis Group, letzte Aktualisierung 22.02.2019.
[27] OCHA, Venezuela Humanitarian Response Plan July 2019 – December 2019, 5, 17, letzte Aktualisierung 14.08.2019.
[28] Reuters, U.N. approves $9 million in aid for crisis-stricken Venezuela, letzte Aktualisierung 26.11.2018.
[29] HumVenezuela, Synopsis HumVenezuela: March 2020, 7, März 2020; UN News, La ONU incluye por primera vez a Venezuela en el plan anual de ayuda humanitaria, letzte Aktualisierung 04.12.2018.
[30] OCHA, Venezuela Humanitarian Response Plan July 2019 – December 2019, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 6, letzte Aktualisierung 14.08.2019.
[31] PROVEA, UN Humanitarian Response Plan for Venezuela presents serious weaknesses that compromise its viability, Programa Venezolano de Educación Acción en Derechos Humanos, letzte Aktualisierung 20.08.2019.

Gleichzeitig wurde kritisch von einer zunehmenden Politisierung der humanitären Unterstützung berichtet, die sich insbesondere auch infolge der nach den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2018 einsetzenden politischen Instabilität im Land entwickelte.[32] Dies zeigte sich im Februar 2019, als der Machtkampf zwischen Nicolás Maduro und Juan Guaidó auf geplante Hilfslieferungen übergriff und es im Grenzgebiet zu Kolumbien und Brasilien zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Unterstützern der Hilfslieferungen kam, bei denen Menschen zu Tode kamen.[33]

OCHA rief dann im Jahr 2020 den „Venezuela Humanitarian Fund" (VHF) ins Leben, der als flexibler Finanzierungsmechanismus nationale und internationale NROs sowie UNO-Organisationen bei der Bewältigung der dringendsten oder kritischsten Notlagen unterstützen soll.[34] Im Jahr 2021 nahm schließlich das Welternährungsprogramm der UNO (WFP) nach der Unterzeichnung eines Abkommens mit der Regierung seine Arbeit auf, um gezielt mit der Versorgung von Kindern zu beginnen.[35]

Die COVID-19-Pandemie, die auf ein ohnehin stark geschwächtes Gesundheitssystem traf, verschärfte daraufhin die humanitäre Krise und den wirtschaftlichen Abschwung.[36] 1,2 Mio. Menschen rutschten zu dieser Zeit in die Armut ab und es kam zu weiteren Verschlechterungen der Grundversorgung, sodass 58,7 % der Haushalte nicht mehr über einen kontinuierlichen Zugang zu Wasser und Gas verfügten.[37] Das Nachrichtenmedium The New Humanitarian berichtete u.a., dass zu dieser Zeit insbesondere Kinder an vermeidbaren Folgen von Mangelernährung und fehlender medizinischer Versorgung gestorben seien. Außerdem wurde auf die zunehmende Politisierung der CLAP-Lebensmittelpakete in einem korrupten politischen Umfeld sowie auf deren unzureichende Menge und mangelhafte Qualität hingewiesen.[38]

Nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen verschlechterte sich die humanitäre Notlage erneut. Bis zum Jahr 2022 stieg laut HumVenezuela der Hilfsbedarf um 66 % und die Lebenshaltungskosten überstiegen mehr als 90 % der Kaufkraft des Mindestlohns. Trotz wirtschaftlicher Erholungszeichen blieb die strukturelle Krise, die u.a. von Einkommensverlusten, eingeschränkter Lebensmittelversorgung und Stromausfällen geprägt war, bestehen. Bis zum Jahr 2024 stieg die Zahl der Menschen mit hohem Bedarf an humanitärer Unterstützung auf 5,6 Mio. an, was der höchsten Zahl seit Beginn der Krise entsprach.[39]

2.3 Die humanitäre Notlage vor den Erdbeben vom 24. Juni 2026

Der VHF fasst in seinem Jahresbericht für das Jahr 2025 die humanitäre Lage im Land wie folgt zusammen:

> „Anhaltende Versorgungslücken bei grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, und Bildung gehören nach wie vor zu den dringendsten Bedürfnissen schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen. Der Zugang zu sozialer Absicherung, Unterstützung bei der Existenzsicherung und Möglichkeiten zur Einkommensgenerierung ist insbesondere für Frauen, Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, indigene Gemeinschaften, Menschen auf der Flucht und LGBTQ+-Personen begrenzt. Derzeit benötigen 7,9 Millionen Menschen im Land humanitäre Hilfe, wobei der dringlichste Bedarf in den Bereichen Gesundheit, Ernährungssicherheit, Bildung, Wasser- und Sanitärversorgung, Ernährung sowie Schutzmaßnahmen in den Bereichen Kinderschutz, geschlechtsspezifischer Gewalt und psychologischer Betreuung besteht."[40]

---

[32] SWP, Venezuela, die Region und die Welt, Stiftung Wissenschaft und Politik, 5, letzte Aktualisierung 14.03.2019; The New Humanitarian, Briefing: International politics and humanitarian aid collide in Venezuela, letzte Aktualisierung 12.02.2019.

[33] DW, Maduro-Regime stoppt Hilfsgüter mit Gewalt, Deutsche Welle, letzte Aktualisierung 24.02.2019; Die Zeit, Wer verfolgt welche Interessen mit den Hilfslieferungen?, letzte Aktualisierung 24.02.2019.

[34] OCHA, Venezuela Humanitarian Fund, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, o.D.

[35] WFP, World Food Programme reaches deal to supply food to 185,000 children in Venezuela, World Food Programme, letzte Aktualisierung 20.04.2021.

[36] The New Humanitarian, In Venezuela, a pandemic meets years of shortages and a broken health system, letzte Aktualisierung 25.03.2020.

[37] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 41-42, letzte Aktualisierung 31.03.2026;

[38] The New Humanitarian, Nowhere left to turn, part 1: Venezuela's COVID fallout leaves children dying and the poor scavenging for food, letzte Aktualisierung 13.07.2022.

[39] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 43, letzte Aktualisierung 31.03.2026; HumVenezuela, Venezuela in Complex Humanitarian Emergency: Collapse and Gaps of Social Deprivation in Communities, 10, letzte Aktualisierung 08.08.2023.

[40] OCHA, Venezuela Humanitarian Fund 2025 Annual Report, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 9, letzte Aktualisierung 28.04.2026.

Die GD ECHO bezeichnet in ihrem Jahresbericht für das Jahr 2025 die Situation als eine der größten vergessenen Krisen der Welt und verweist darauf, dass 58,6 % der Bevölkerung von extremer Armut betroffen gewesen seien und 70 % keinen regelmäßigen Zugang zu medizinischer Versorgung und sauberem Wasser gehabt hätten. Mit über 52 Mio. EUR, was einem Gesamtanteil von 43 % entsprochen habe, sei die Europäische Union zudem im Jahr 2025 der größte humanitäre Geldgeber gewesen.[41]

Darüber hinaus fasst HumVenezuela konkret für das Jahr 2025 u.a. zusammen, dass die allgemeine wirtschaftliche Armut landesweit bei 81,3 % gelegen habe. Obwohl die Schwierigkeiten beim Zugang zu Nahrungsmitteln in den Haushalten zwischen den Jahren 2024 und 2025 von 91,0 % auf 81,8 % zurückgegangen seien, seien die wirtschaftlichen Verbesserungen aufgrund der Inflation und der Kaufkraftverringerungen nicht signifikant. Bei 89,8 % der Haushalte wurde zudem von fehlendem Zugang zu Medikamenten berichtet.[42] Laut dem UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) erhöhte darüber hinaus der Zusammenbruch der WASH-Versorgung (Water, Sanitation and Hygiene) die Gesundheitsrisiken und führte dazu, dass 5,2 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser hatten.[43]

Den jüngsten vor den Erdbeben vom 24. Juni 2026 veröffentlichten Zahlen von OCHA zufolge erhielten zwischen Januar und April 739.000 Menschen (62 % davon Frauen und Mädchen) aller Bundesstaaten im Rahmen der humanitären Hilfe Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen. Die Hilfsmaßnahmen seien von 97 Organisationen in 253 Gemeinden u.a. in den Bereichen Gesundheit, Ernährungssicherheit, Schutz (bspw. geschlechtsspezifische Gewalt, Kinderschutz, psychosoziale Unterstützung) und Wasser- und Sanitätsversorgung durchgeführt worden. OCHA bezeichnete außerdem die Zusammenarbeit mit 56 nationalen und lokalen Organisationen als zentral für die Bewältigung der Krise.[44]

Das WFP gab in seinem Länderkurzbericht für Mai 2026 an, dass der Zugang zu Nahrungsmitteln für Familien im ganzen Land oberste Priorität habe und mehr als fünf Mio. Menschen dringend Nahrungsmittelhilfe benötigen würden. Die Maßnahmen des WFP konzentrierten sich auf Schulen und die Gemeindeebene in den Bundesstaaten Amazonas, Apure, Delta Amacuro, Falcón, Sucre und Zulia.[45]

Laut HumVenezuela sind die Finanzmittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen in Venezuela durchgehend begrenzt. Demnach seien Finanzierungslücken in sämtlichen Monitoring-Berichten ein wiederkehrendes Problem und der Grund für internationale Aufrufe zur Erhöhung der Geberbeiträge. Drastische Kürzungen im Jahr 2025 hätten insgesamt zu einer „Hyper-Priorisierung“ der humanitären Hilfe geführt.[46]

Für das Jahr 2025 wurde von der UNO angegeben, dass der HRP dramatisch unterfinanziert und lediglich 17 % des Finanzierungsbedarfs von mehr als 600 Mio. USD gedeckt worden sei.[47] Venezuela gehöre demnach weltweit zu den Ländern mit der größten Finanzierungslücke bei Hilfsmaßnahmen.[48]

Zudem wird von einer hohen Abhängigkeit der humanitären Hilfe von einer kleinen Anzahl an Gebern, wie den USA, berichtet. Mittelkürzungen der US-Regierung hätten daher starke Auswirkungen auf die konkrete Maßnahmenumsetzung. Für venezolanische Hilfspläne seien über 80 % der Gelder von lediglich drei Gebern bereitgestellt worden. 68 % hiervon seien alleine von den USA finanziert worden.[49]

---

[41] European Commission, Annual activity report 2025 - European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations (ECHO), 19, letzte Aktualisierung 16.06.2026.
[42] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 11, 20, 29, letzte Aktualisierung 31.03.2026.
[43] UNICEF, Bolivarian Republic of Venezuela, United Nations Children's Fund, 2, letzte Aktualisierung 10.12.2025.
[44] OCHA, Reporte de Situación Venezuela – marzo y abril 2026, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, letzte Aktualisierung 23.06.2026.
[45] Reliefweb, WFP Venezuela Country Brief May 2026, letzte Aktualisierung 01.06.2026.
[46] HumVenezuela, 2025 Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela - January 2026, 47-48, letzte Aktualisierung 31.03.2026
[47] UN Media, UN / Venezuela Humanitarian Update, letzte Aktualisierung 05.01.2026.
[48] Ebd.; Interview mit Franziska Jörns, 1, 20.08.2026; OCHA, Venezuela: Humanitarian Funding Overview 2025, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, letzte Aktualisierung 05.02.2026.
[49] The New Humanitarian, Humanitarian aid's extreme donor dependency problem in five charts, letzte Aktualisierung 04.03.2025.

Das WFP musste aufgrund der Mittelkürzungen seine Aktivitäten im Land halbieren.[50] Das UNO-Flüchtlingswerk UNHCR sah sich angesichts der beispiellosen Finanzierungslücken gezwungen, die Maßnahmen neu zu priorisieren, schloss bestimmte Einsatzstellen und reduzierte den Personalbestand.[51] UNICEF begann ab Juli 2025 mit einer schrittweisen Einstellung der Aktivitäten und der Konzentration auf lediglich 31 der 335 Gemeinden.[52] Auch deutsche Hilfsorganisationen waren unmittelbar von den Mittelkürzungen betroffen und mussten ihre Aktivitäten in Lateinamerika im Rahmen von Priorisierungsmaßnahmen reduzieren.[53]

Daten des UNHCR zufolge hat sich im Jahr 2025 die Zahl der aus dem Land geflüchteten Personen auf rd. 7,9 Mio. erhöht. Insgesamt würden viele venezolanische Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten in Armut leben und Schwierigkeiten haben, Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und einer regulären Beschäftigung zu erhalten. Mit mehr als 6,9 Mio. befinde sich demnach die Mehrzahl dieser Menschen in den Staaten Lateinamerikas und der Karibik.[54] Laut der Koordinierungsplattform R4V, im Rahmen derer UNHCR und andere Organisationen Hilfsmaßnahmen für Venezolanerinnen und Venezolaner in Aufnahmestaaten durchführen[55], befinden sich mit Stand August 2026 rd. 2,8 Mio. Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten in Kolumbien, rd. 1,6 Mio. in Peru und rd. 800.000 in Brasilien[56].

3. Die Situation nach den Erdbeben vom 24. Juni 2026

Am 24. Juni 2026 ereigneten sich um 18:04 Uhr (Ortszeit) mit einer zeitlichen Differenz von 39 Sekunden zwei Erdbeben mit jeweiligen Magnituden von 7,2 und 7,5, deren Epizentren im Nordwesten des Landes lagen. Die Erdstöße führten insbesondere in Caracas und im Küstenstaat La Guaira zu einer hohen Zahl an Toten, erheblichen Gebäudeschäden und Ausfällen in der Infrastruktur.[57] Insgesamt waren die sieben Bundesstaaten Aragua, Carabobo, Distrito Capital, Falcón, La Guaira, Miranda und Yaracuy betroffen.[58]

In den Medien und in den Analysen von NROs und internationalen Organisationen wird im Kontext der staatlichen Reaktion auf die Erdbeben die zentrale Bedeutung der bereits vorher bestehenden, stark angespannten humanitären Lage in Venezuela unterstrichen und diese als große Herausforderung hervorgehoben. Die Naturkatastrophe habe demnach die humanitäre Ausgangslage deutlich verschärft.[59] Auch in den Einschätzungen deutscher Hilfsorganisationen wurde auf die vor den Erdbeben bereits bestehende humanitäre Krisensituation im Land hingewiesen. Hierbei seien insbesondere Versorgungsprobleme, die Ernährungsunsicherheit, das überlastete Gesundheitswesen und die schwierige Wirtschaftslage für die Bewertungen zur Bewältigung der Naturkatastrophe von Bedeutung.[60]

Den jüngsten Angaben der Regierung vom 24. August 2026 zufolge wurden bisher insgesamt 6.509 Todesopfer gezählt.[61] AI wies am 23. September 2026 auf Diskrepanzen bei den gemeldeten Zahlen hin und merkte an, dass der Gouverneur des Bundesstaates La Guaira von 7.265 Toten gesprochen habe.[62]

---

[50] El País, El Programa Mundial de Alimentos reduce a la mitad su atención en Venezuela por falta de fondos, letzte Aktualisierung 22.08.2025.
[51] UNHCR, Annual Results Report 2025: Venezuela, United Nations High Commissioner for Human Rights, 7, 15-16, letzte Aktualisierung 08.05.2026.
[52] UNICEF, Venezuela: Situation Report No. 1, United Nations Children's Fund, letzte Aktualisierung 04.08.2025.
[53] Interview mit Jonas Jung, 4, 21.08.2026.
[54] UNHCR, Emergency Appeal: Venezuela, United Nations High Commissioner for Human Rights, Dezember 2025.
[55] R4V, What is the #PlatformR4V?, o.D.
[56] R4V, Refugees and migrants from Venezuela, August 2026.
[57] NYT, What to Know About the Venezuela Earthquakes and Rescue Efforts, The New York Times, letzte Aktualisierung 03.07.2026; Die Zeit, Als würde die Erde ewig und immer stärker beben, letzte Aktualisierung 25.06.2026.
[58] OCHA, Venezuela Situation Report, July - August 2026, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2, letzte Aktualisierung 26.09.2026.
[59] Human Rights Council, Report of the independent international fact-finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela, 6, letzte Aktualisierung 17.08.2026; ZDF heute, Helferin: Die Not reicht weit über die Trümmer hinaus, letzte Aktualisierung 07.08.2026; NYT, The Venezuela Earthquakes Hit a Health System Already in Crisis, The New York Times, letzte Aktualisierung 26.06.2026; Caracas Chronicles, A Shaken Country and an Exposed State, letzte Aktualisierung 25.06.2026; CFR, As Death Toll Spikes, Venezuela's Earthquakes Test U.S. Disaster Relief, Council on Foreign Relations, letzte Aktualisierung 25.06.2026.
[60] Interview mit Jonas Jung, 1-2, 21.08.2026; Interview mit Franziska Jörns, 1-3, 20, 20.08.2026.
[61] Der Standard, Erdbeben in Venezuela: Nach zwei Monaten bisher 6500 Tote geborgen, letzte Aktualisierung 25.08.2026.
[62] AI, Venezuela: Three months after the two earthquakes, a human rights-centred response remains absent, Amnesty International, letzte Aktualisierung 23.09.2026.

Auch die New York Times bezweifelte in einem Artikel vom 21. Oktober 2026 die Angabe von 6.509 Todesopfern und legte auf Grundlage eigener Analysen und Angaben des US Geological Survey eine möglicherweise weitaus höhere Anzahl an Toten nahe.[63]

Die Regierung veröffentlichte zuletzt im Juli 2026 Informationen zu Menschen, die infolge der Erdbeben ihren Wohnraum verloren haben, und gab ihre Anzahl mit 17.907 an.[64] Aktuellere Angaben konnten im Rahmen der Recherche für diese LKI nicht ermittelt werden.

Laut den Angaben vom 24. August 2026 sind insgesamt 226.696 Menschen über das nationale Krankenhausnetzwerk medizinisch versorgt worden.[65] Die Regierung hatte zuletzt am 24. Juli 2026 insgesamt 16.740 Verletzte gemeldet. In späteren Bilanzen wurde stattdessen die Zahl der über das Krankenhausnetzwerk medizinisch versorgten Personen ausgewiesen, die nicht unmittelbar mit der vorher gemeldeten Zahl der Verletzten vergleichbar ist.[66]

In der Medienberichterstattung und in den Stellungnahmen von NROs wurde fortlaufend darauf hingewiesen, dass die Regierung keine offiziellen Zahlen zu vermissten Personen veröffentliche und sich dadurch eine mangelnde Transparenz zeige.[67] Unmittelbar nach den Erdbeben war die Anzahl der Vermissten von der UNO auf rd. 50.000 geschätzt worden.[68] Mangels offizieller Angaben wurden der Berichterstattung zufolge auf inoffizielle zivilgesellschaftliche Online-Plattformen zurückgegriffen, auf denen vermisste Personen registriert werden können.[69] Insgesamt wurden laut AI die offiziellen Daten nicht nach wesentlichen Merkmalen, wie bspw. Geschlecht, Alter und Wohnort aufgeschlüsselt, sodass es unmöglich sei, die unterschiedlichen Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Maßnahmen für vulnerable Gruppen zu entwickeln.[70]

Im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Erdbeben zählen Frauen und weibliche Haushaltsvorstände zu den besonders vulnerablen Gruppen. Frauen und Mädchen sind zudem einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt. Schwangere und stillende Mütter können außerdem oft nicht angemessen versorgt werden. Personen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche und Menschen der LGBTIQ+-Gemeinschaft (insb. Transpersonen) sind ebenfalls besonders vulnerabel.[71]

Laut Behördenangaben wurden 60.785 Gebäude in den betroffenen Gebieten begutachtet. Davon seien 35.545 als bewohnbar, 14.239 als eingeschränkt nutzbar und 11.001 als hochriskant eingestuft worden.[72] Im Rahmen des am 07. Juli 2026 gestarteten staatlichen Wiederaufbauprogramms „Venezuela Renace“[73] wurden laut Regierungsangaben mit Stand zum 28. September 2026 in Summe 709 neue Wohnungen an Betroffene übergeben. Man habe sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2026 4.000 Unterkünfte bereitzustellen.[74]

[63] NYT, Death Toll From Venezuela Quakes Likely Far Exceeds Official Count, The New York Times, letzte Aktualisierung 21.10.2026.
[64] Miami Herald, Venezuela's twin earthquakes leave 5,208 dead as aftershocks top 1,300, letzte Aktualisierung 20.07.2026.
[65] IOM, Venezuela (Bolivarian Republic of) Earthquake Response: Situation Report #31 from 24 to 30 September 2026, International Organization for Migration, 1, letzte Aktualisierung 02.10.2026.
[66] El Diario, Terremotos en Venezuela: gobierno actualizó balance y elevó a 6.509 la cifra de muertos, letzte Aktualisierung 24.08.2026; OCHA, Earthquakes in Venezuela: Situation Report #31 (31 July 2026, Time: 05:00 pm), United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 1, letzte Aktualisierung 31.07.2026.
[67] Efecto Cocuyo, Provea exige actualización de cifras de fallecidos y desaparecidos tras el doble terremoto, letzte Aktualisierung 30.09.2026; AI, Venezuela: Three months after the two earthquakes, a human rights-centred response remains absent, Amnesty International, letzte Aktualisierung 23.09.2026; Die Zeit, Zahl der Toten nach Erdbeben in Venezuela steigt auf über 6.500, letzte Aktualisierung 25.08.2026; NYT, Sites That Report Venezuela's Missing Rise Far From Quake Zone, The New York Times, letzte Aktualisierung 08.07.2026.
[68] UN News, Venezuela quake: Search goes on for survivors amid 'impossible odds', letzte Aktualisierung 29.06.2026.
[69] El País, Internet se convierte en una red de apoyo tras el terremoto de Venezuela, letzte Aktualisierung 03.07.2026.
[70] AI, Venezuela: Three months after the two earthquakes, a human rights-centred response remains absent, Amnesty International, letzte Aktualisierung 23.09.2026.
[71] Interview mit Franziska Jörns, 12, 20.08.2026.
[72] IOM, Venezuela (Bolivarian Republic of) Earthquake Response: Situation Report #31 from 24 to 30 September 2026, International Organization for Migration, 1, letzte Aktualisierung 02.10.2026.
[73] El País, La crisis política y económica, lastre de la reconstrucción en Venezuela, letzte Aktualisierung 07.07.2026.
[74] SWI, Más de 700 viviendas entregadas a afectados por terremotos en Venezuela, dice Gobierno, letzte Aktualisierung 29.09.2026.

Im Rahmen eines am 15. September 2026 vorgestellten „Post-Disaster Needs Assessment“ (PDNA) wurde der Bedarf für Wiederaufbau und Wiederherstellung auf 21 Mrd. USD geschätzt. Die Analyse bezifferte zudem die Schäden und Verluste in den sieben von den Erdbeben betroffenen Bundesstaaten auf 14,831 Mrd. USD.[75] Die Weltbank hatte zuvor die Schäden am 23. Juli 2026 auf 19,6 Mrd. USD geschätzt.[76]

Unmittelbar nach den Erdbeben wurde von erheblichen Überlastungen des ohnehin schwer belasteten Gesundheitssystems berichtet, die u.a. lange Wartezeiten, eingeschränkte Kapazitäten und Versorgungsengpässe beinhalteten. So stünden in manchen Krankenhäusern bspw. keine einfachen Labore und Röntgengeräte zur Verfügung.[77] Die Weltgesundheitsorganisation machte auch darauf aufmerksam, dass das Gesundheitssystem bereits geschwächt in die Krise geraten sei, da viele Krankenhäuser nach Jahren der Unterfinanzierung mit Engpässen von bis zu 37 % bei lebenswichtigen Medikamenten zu kämpfen hätten. Zehntausende Beschäftigte im Gesundheitswesen seien außerdem in den letzten Jahren ausgewandert.[78]

Knapp drei Monate nach den Erdbeben haben sich die Hilfsmaßnahmen nach Angaben der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO) auf die sogenannte „early recovery“-Phase verlagert. Gleichzeitig bestünden weiterhin Einschränkungen in der medizinischen Versorgung. Bis zum 18. September 2026 seien 356 Gesundheitseinrichtungen untersucht worden, von denen 61 % als betriebsfähig eingestuft worden seien. 23 seien aufgrund von Erdbebenschäden außer Betrieb. Die Wiederherstellung beschädigter Einrichtungen schreite voran. Schwankungen bei der Stromversorgung sowie Defizite bei der Medikamentenkühlung würden jedoch weiterhin die kontinuierliche Bereitstellung essenzieller Gesundheitsdienstleistungen erschweren. In untersuchten Notunterkünften bestehe nach wie vor der größte ungedeckte Bedarf im Bereich der Kontrazeption, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Frauen, während der Bedarf an psychologischer Betreuung in den Übergangslagern angesichts begrenzter Ressourcen und eines Mangels an Fachpersonal weiter zunehme.[79] Die besondere Relevanz der psychosozialen Betreuung (für Betroffene und Mitarbeitende) wurde von deutschen Hilfsorganisationen, die Maßnahmen in diesem Bereich umgesetzt haben, ebenfalls unterstrichen.[80]

Jüngsten Regierungsangaben zufolge sind 107 Übergangslager in Betrieb, die eine Kapazität für 25.212 Personen bieten. Ende September waren dort 23.901 Menschen untergebracht.[81] Die PAHO hatte in diesem Zusammenhang davor gewarnt, dass neben den überfüllten Unterkünften auch Mängel bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie ein eingeschränkter Zugang zu Impfungen und routinemäßiger medizinischer Versorgung zu den größten Gesundheitsrisiken zählen würden.[82] In zahlreichen Notunterkünften bestehen weiterhin erhebliche Defizite bei der Wasser- und Sanitärversorgung mit einem hohen medizinischen Bedarf. Der Umstand, dass bspw. keine getrennten Sanitärbereiche für Frauen und Männer existieren, erhöht die Schutzrisiken für Frauen und Mädchen.[83] Auch von angespannten hygienischen Verhältnissen[84] und der besonderen Vulnerabilität älterer Menschen und Personen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen[85] wird berichtet.

[75] OCHA, Venezuela Situation Report, July - August 2026, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2, letzte Aktualisierung 26.09.2026.
[76] Die Zeit, Weltbank schätzt Schaden nach Venezuela-Beben auf 20 Milliarden Dollar, letzte Aktualisierung 23.07.2026.
[77] Tagesschau, Tausende Verletzte - Krankenhäuser am Limit, letzte Aktualisierung 01.07.2026; BBC, "Hospitales completamente desbordados": cómo el terremoto pone más presión al ya deteriorado sistema de salud de Venezuela, British Broadcasting Corporation, letzte Aktualisierung 26.06.2026; NYT, Scenes of Collapse: The Emergency at Venezuela's Hospitals, The New York Times, letzte Aktualisierung 26.06.2026.
[78] UN News, Venezuela's earthquake-hit hospitals pushed to the brink as disease risk grows, letzte Aktualisierung 02.07.2026.
[79] PAHO, Situation Report No.11: Earthquakes in Venezuela 2026 (M7.2 and M7.5), Pan American Health Organization, 1-2, letzte Aktualisierung 22.09.2026.
[80] Interview mit Jonas Jung, 10, 21.08.2026; Interview mit Franziska Jörns, 4, 15-16, 20.08.2026.
[81] IOM, Venezuela (Bolivarian Republic of) Earthquake Response: Situation Report #31 from 24 to 30 September 2026, International Organization for Migration, 1, letzte Aktualisierung 02.10.2026; Interview mit Franziska Jörns, 8, 20.08.2026.
[82] Reuters, Overcrowded shelters, lack of clean water pose health risks after Venezuela quakes, PAHO says, letzte Aktualisierung 10.07.2026.
[83] Interview mit Franziska Jörns, 17-18, 20.08.2026.
[84] IRC, New IRC assessment finds critical resource gap in Venezuela as earthquake emergency medical teams wind down, International Rescue Committee, letzte Aktualisierung 01.09.2026.
[85] Médicos del Mundo, Terremoto en Venezuela: miles de personas siguen en alojamientos temporales sin agua suficiente ni condiciones de vida dignas, letzte Aktualisierung 14.10.2026.

Laut IACHR und den Einschätzungen deutscher Hilfsorganisationen zufolge gibt es Bedenken hinsichtlich der steigenden Zahl von Menschen, die nach dem Verlust ihrer Häuser vertrieben wurden, sowie im Zusammenhang mit der Gefahr weiterer Binnenvertreibungen in andere Teile des Landes.[86]

Den aktuellsten Angaben des Frühwarnsystems für Ernährungssicherheit (FEWS) zufolge besteht in den Gebieten Aragua, Carabobo, Caracas, Miranda und Yaracuy akute Ernährungsunsicherheit der IPC-Phase 3 (Krise), bedingt durch Wohnungs- und Vermögensverluste und Einkommenseinbußen. Im Rest des Landes halte die Situation der Kategorie „Stressed" (Phase 2) an. Trotz ausgeweiteter Nahrungsmittelhilfen seien hohe Preise und die eingeschränkte Kaufkraft wesentliche Hindernisse beim Zugang zu Lebensmitteln. Das WFP weitete seine Aktivitäten im Ernährungsbereich aus und stellte u.a. 726.993 warme Mahlzeiten in Notunterkünften für Binnenvertriebene und 50.509 Pakete mit verzehrfertigen Lebensmitteln in Notunterkünften ohne Kochmöglichkeiten zur Verfügung.[87] Laut WFP sind 1,2 Mio. der insgesamt 1,3 Mio. Betroffenen auf Hilfe angewiesen, um ihren Grundnahrungsbedarf zu decken.[88]

Für den Bereich WASH war der kontinuierliche und nachhaltige Zugang zu sicherem Trinkwasser mit Stand September 2026 eine zentrale Priorität der humanitären Reaktion. Nach Angaben des WASH-Clusters[89] wurde sowohl in den Bundesstaaten La Guaira und Miranda als auch im Hauptstadtdistrikt die größte Anzahl an Maßnahmen in diesem Bereich durchgeführt. Gleichzeitig warnte der Cluster vor Versorgungslücken durch einen zu frühen Rückzug aus Übergangslagern.[90] Laut UNICEF bleiben aufgrund von Finanzierungslücken wichtige Bedarfe in den Bereichen WASH und Bildung, wie die Förderung der Hygiene und die Wiedereingliederung in den Schulbetrieb, ungedeckt.[91] Das International Medical Corps warnt zusätzlich vor epidemiologischen Risiken aufgrund des auftretenden „El-Niño-Phänomens".[92]

Am 29. Juli 2026 wies die IACHR darauf hin, dass das Ausmaß der Katastrophe die bereits bestehende Krise verschärft habe, die durch die Aushöhlung demokratischer Institutionen gekennzeichnet sei und die Fähigkeit des Staates untergrabe, wirksam humanitäre Hilfe zu leisten.[93] Dies spiegelt sich auch in zahlreichen Berichten wider, in denen die Betroffenen die mangelhafte Reaktion des Staates kritisieren. Die Deutsche Welle berichtet bspw. von Vorwürfen einer verspäteten und unkoordinierten Hilfe[94], während The Guardian und The New York Times über die Wut der Überlebenden angesichts fehlender staatlicher Unterstützung und der vielfach von Freiwilligen getragenen Rettungsarbeiten schreiben[95]. El País schildert ebenfalls, wie Betroffene und Angehörige die Suche nach Vermissten und die Versorgung der Opfer weitgehend selbst organisiert hätten, während die Regierung Kritik an ihrem Krisenmanagement zurückgewiesen und die eigene Reaktion als rechtzeitig und umfassend verteidigt habe.[96]

---

[86] Interview mit Jonas Jung, 16, 21.08.2026; Interview mit Franziska Jörns, 9, 20.08.2026; IACHR, IACHR and REDESCA call for stronger humanitarian response and human rights protection following the earthquakes in Venezuela, Inter-American Commission on Human Rights, letzte Aktualisierung 29.07.2026.

[87] FEWS NET, Venezuela - Food Security Outlook Update August 2026 - January 2027: Earthquake recovery remains nascent amid persistent food access constraints, Famine Early Warning Systems Network, 1, 3, August 2026.

[88] WFP, Venezuela Earthquakes Response Situation Report #08, 10 August 2026, World Food Programme, 1, letzte Aktualisierung 11.08.2026.

[89] Laut IOM wurde der Cluster-Ansatz mit elf Clustern 2005 vom Inter-Agency Standing Committee eingeführt. Er zielt darauf ab, die Vorsorge und die technischen Kapazitäten zur Bewältigung humanitärer Notfälle zu stärken.

[90] OCHA, Cluster ASH Venezuela: SitRep 3 - Terremotos 2026, 1, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, letzte Aktualisierung 22.09.2026.

[91] UNICEF, Venezuela Situation Report No. 9 (Earthquake Response), 18 August - 7 September 2026, United Nations Children's Fund, 1-2, letzte Aktualisierung 19.09.2026.

[92] IMC, Venezuela Earthquakes Situation Report #11 (October 15, 2026), International Medical Corps, 1, letzte Aktualisierung 15.10.2026.

[93] IACHR, IACHR and REDESCA call for stronger humanitarian response and human rights protection following the earthquakes in Venezuela, Inter-American Commission on Human Rights, letzte Aktualisierung 29.07.2026.

[94] DW, "La catástrofe en Venezuela rebasa a cualquier Gobierno", Deutsche Welle, letzte Aktualisierung 30.06.2026; DW, Anger in Venezuela over earthquake response, Deutsche Welle, letzte Aktualisierung 05.07.2026.

[95] The Guardian, 'God is punishing the politicians': anger at earthquake response grows in Venezuela, letzte Aktualisierung 14.07.2026; NYT, The New York Times, Repression Turns to Rage After Quakes in Venezuela, letzte Aktualisierung 07.07.2026.

[96] El País, A un mes de los terremotos en Venezuela: "La gente no va a dejar a sus muertos ahí", letzte Aktualisierung 24.07.2026; El País, Delcy Rodríguez culpa a "laboratorios mediáticos" del caos en las primeras horas tras el doble terremoto en Venezuela, letzte Aktualisierung 03.07.2026.

Ein am 16. Juli 2026 von der NRO Transparency International veröffentlichter Bericht zeigt, dass die Reaktion der Regierung insbesondere im wichtigen 72-Stunden-Fenster im Vergleich zu Naturkatastrophen in anderen Staaten langsam und unzureichend gewesen sei. Zudem seien der mangelhaften Reaktion bereits jahrelange institutionelle Verschlechterungen und Korruption vorausgegangen.[97] Medial wird ebenfalls darauf verwiesen, dass die Politisierung der humanitären Hilfe[98], staatliche Kontrollbestrebungen, geschwächte Institutionen und mangelnde Transparenz bei der Verteilung die Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen erschweren würden.[99]

Die IACHR machte gleichzeitig auf einen Bericht der Menschenrechtsorganisation „Aula Abierta" aufmerksam, die für den Zeitraum zwischen dem 24. Juni und dem 15. Juli 2026 insgesamt 34 Fälle mutmaßlicher staatlicher Menschenrechtsverletzungen dokumentierte. Dazu zählten u.a. die Behinderung unabhängiger Hilfseinsätze und Einschränkungen der Presse- und Informationsfreiheit. Außerdem sei es zu drei willkürlichen Festnahmen gekommen, von denen zwei Studierende und ein Medienschaffender betroffen gewesen seien. Sie seien nach einigen Stunden wieder freigelassen worden.[100] Die NRO Reporter ohne Grenzen stellte zudem fest, dass die Naturkatastrophe die jahrelange Zensur und die Repressionen gegen den Journalismus in einer geschwächten Medienlandschaft deutlich gemacht und die Bevölkerung nur eingeschränkten Zugang zu wichtigen Informationen über die betroffenen Gebiete, die verfügbaren Hilfsangebote und die Maßnahmen der Behörden erhalten habe. Es gebe außerdem Fälle von Medienschaffenden, die über die Lage in Krankenhäusern oder Mängel bei der Reaktion der Behörden berichten wollten und an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert worden seien.[101]

Darüber hinaus berichten auch deutsche Hilfsorganisationen von strukturellen Herausforderungen im Rahmen der staatlichen Reaktion auf die Erdbeben.[102] Diese ließen sich auch im direkten Vergleich zur Situation nach dem Erdbeben im Nachbarland Kolumbien vom 10. August 2026 erkennen.[103] Der Vergleich wurde auch medial aufgegriffen, wobei die besser koordinierte Rettungsreaktion, funktionierende Institutionen sowie die umfangreichere technische Ausstattung in Kolumbien der unzureichenden staatlichen Krisenbewältigung und dem politischen System in Venezuela gegenübergestellt wurden.[104]

Laut The New Humanitarian verschärften die Erdbeben die ohnehin angespannte Finanzierungslage der Hilfsmaßnahmen[105] zusätzlich. Angesichts begrenzter Ressourcen und fortbestehender Zugangshürden bestünden daher erhebliche Herausforderungen darin, den zusätzlichen Bedarf infolge der Naturkatastrophe und der bereits zuvor bestehenden humanitären Bedarfe zu decken.[106] Vor den Erdbeben war laut OCHA gemäß des HRP für Venezuela vorgesehen, 5,5 Mio. Menschen zu unterstützen, wofür Finanzmittel in Höhe von 632 Mio. USD benötigt wurden. Nach den Erdbeben wurden die Hilfsmaßnahmen durch einen Nachtrag zum HRP auf 1,3 Mio. von den Erdbeben betroffene Menschen ausgeweitet, wofür zusätzliche Mittel in Höhe von 299 Mio. US-Dollar erforderlich sind. Diese Zahl umfasst 596.000 Menschen, die bereits im HRP 2026 berücksichtigt waren und in den betroffenen Gemeinden leben, sowie weitere 751.000 Personen, die aufgenommen wurden, um den durch die Erdbeben entstandenen humanitären Bedarf zu decken. Mit dieser Erweiterung soll der Plan insgesamt 6,2 Mio. Menschen unterstützen, wobei nunmehr ein Finanzierungsbedarf von 931 Mio. USD erforderlich ist. Mit Stand zum 22. September 2026 lag der Finanzierungsstand des HRP bei lediglich 43,2 %.[107]

---

[97] Transparencia Venezuela, La insuficiente respuesta estatal: el desastre ocurrió antes del doble terremoto, letzte Aktualisierung 16.07.2026.
[98] Siehe hierzu auch Ausführungen in Kapitel 1.2
[99] The New Humanitarian, Venezuela in-depth: Attention fades even as earthquake needs spiral, letzte Aktualisierung 28.07.2026.
[100] Aula Abierta, Informe Preliminar | Vulneraciones a los derechos humanos en el contexto post-sísmico en Venezuela, 1, Juli 2026.
[101] RSF, Venezuela: Censorship exacerbates earthquake crisis, putting more lives at risk, Reporters Without Borders, letzte Aktualisierung 03.07.2026.
[102] Interview mit Jonas Jung, 20, 21.08.2026; Interview mit Franziska Jörns, 6-7, 22, 20.08.2026.
[103] Interview mit Jonas Jung, 21, 21.08.2026; Interview mit Franziska Jörns, 6, 22, 20.08.2026.
[104] Reuters, A tale of two buildings: how quake rescue efforts differed in Colombia and Venezuela, letzte Aktualisierung 15.08.2026; AP, Colombia's earthquake is déjà vu for Venezuelans. The government response is anything but, The Associated Press, letzte Aktualisierung 14.08.2026; El País, Dos terremotos, dos respuestas: las reacciones de Venezuela y Colombia a la tragedia, letzte Aktualisierung 12.08.2026.
[105] Siehe hierzu auch Ausführungen in Kapitel 1.3
[106] The New Humanitarian, Venezuela in-depth: Attention fades even as earthquake needs spiral, letzte Aktualisierung 28.07.2026.
[107] OCHA, Venezuela Situation Report, July - August 2026, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 1-2, letzte Aktualisierung 26.09.2026.

Am 17. Juli 2026 wurde bekanntgegeben, dass die Regierung 346 Mio. USD beim Internationalen Währungsfonds (IWF) für den Wiederaufbau abgerufen habe.[108] Zuvor war am 03. Juli 2026 von der Einrichtung eines 200 Mio. USD umfassenden Wiederaufbaufonds berichtet worden.[109] Die aktuelle Länderübersicht der GD ECHO weist insgesamt 15 Mio. EUR an bisher bereitgestellter Soforthilfe aus.[110] Die deutsche Bundesregierung hatte zunächst aufgestockte humanitäre Hilfe in Höhe von 13 Mio. EUR bereitgestellt[111] und diese zuletzt im September 2026 um weitere 5,5 Mio. EUR erhöht[112]. Mit Stand Juli 2026 lagen die von den USA bereitgestellten Mittel bei über 386 Mio. USD.[113]

Ein im Rahmen von „Venezuela Renace" angekündigtes Finanzierungsprogramm für den Erwerb von Wohnraum, mithilfe dessen bis zu 80 % des Immobilienwerts bezuschusst werden sollen, stieß im Zusammenhang mit bürokratischen Hürden und Widersprüchlichkeiten bei der Auszahlung auf Kritik.[114]

Außerdem wurde berichtet, dass der aufgrund starker Beschädigungen für den Passagierverkehr geschlossene internationale Flughafen von Caracas (Flughafen Maiquetía) am 01. September 2026 den kommerziellen Flugbetrieb teilweise über provisorische Terminals wieder aufgenommen habe.[115] Angaben des Verkehrsministers zufolge wird die Wiederherstellung der ursprünglichen Flughafeninfrastruktur voraussichtlich bis ins erste Halbjahr 2027 andauern.[116]

Am 12. Oktober 2026 kündigte Interimspräsidentin Delcy Rodríguez beim Welternährungsforum der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) die Initiative „Venezuela Alimenta" an, die darauf abzielen soll, Produktionsprozesse zu koordinieren und nationale Maßnahmen zu stärken, um das Ziel Nr. 2 für nachhaltige Entwicklung „Keinen Hunger" zu erreichen.[117] Gleichzeitig ist laut aktueller Medienberichterstattung die Zukunft der CLAP-Lebensmittelpakete[118] ungewiss, da ihre Verteilung weitgehend zum Erliegen gekommen ist und einer Umfrage zufolge lediglich 6 % der befragten Haushalte monatlich ein Paket erhalten. 52 % gaben außerdem an, nie eines erhalten zu haben.[119]

InSight Crime berichtete jüngst im Zusammenhang mit CLAP, dass das Programm über Jahre Gegenstand von Korruption und Geldwäsche regierungsnaher Akteure und politisch verbundener Unternehmer gewesen sei. Zugleich habe es u.a. durch die Verknüpfung der Lebensmittelvergabe mit politischer Loyalität und der Einbindung der regierungsnahen und bewaffneten Gruppierung der „Colectivos" als Instrument der sozialen und politischen Kontrolle gedient.[120]

In den Fokus der internationalen Berichterstattung sind zunehmend auch die Einstürze staatlich errichteter Wohngebäude sowie mögliche Baumängel und Planungs- und Konstruktionsfehler beim öffentlichen Wohnungsbau gerückt. Demnach seien Wohnhochhäuser trotz bekannter seismischer Risiken und entsprechender Warnungen in gefährdeten Gebieten errichtet worden. Zudem wurden medial Fragen zur Qualität der verwendeten Baumaterialien, zur Einhaltung von Baustandards und zu möglichen Korruptionspraktiken aufgeworfen.[121]

---

[108] Handelsblatt, Venezuela ruft nach Erdbeben 346 Millionen Dollar beim IWF ab, letzte Aktualisierung 18.07.2026.
[109] Tagesschau, Venezuela plant Millionen-Fonds für den Wiederaufbau, letzte Aktualisierung 03.07.2026.
[110] European Commission, European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations: Venezuela, letzte Aktualisierung 15.07.2026.
[111] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Regierungspressekonferenz vom 1. Juli 2026, letzte Aktualisierung 01.07.2026.
[112] Deutschland.de, Langer Weg zur Normalität, letzte Aktualisierung 04.09.2026.
[113] USDOS, Update on the Trump Administration's Continued Delivery of Life-Saving U.S. Assistance to Venezuela, U.S. Department of State, letzte Aktualisierung 08.07.2026.
[114] El Pitazo, Del terremoto al papeleo: las trabas para acceder a los créditos de Venezuela Renace, letzte Aktualisierung 30.09.2026; Infobae, Damnificados por el terremoto en Venezuela denuncian trabas burocráticas para acceder a créditos del Gobierno, letzte Aktualisierung 14.08.2026.
[115] AP, Venezuela's main airport partially resumes commercial flights after deadly earthquakes, The Associated Press, letzte Aktualisierung 02.09.2026.
[116] Efecto Cocuyo, Prevén recuperar "parte" del aeropuerto de Maiquetía la primera mitad de 2027, letzte Aktualisierung 10.09.2026.
[117] FAO, Latin American and Caribbean leaders highlight progress and challenges in eradicating hunger at the World Food Forum 2026, Food and Agriculture Organization of the United Nations, letzte Aktualisierung 14.10.2026.
[118] Siehe hierzu auch Ausführungen in Kapitel 1.2.
[119] El País, La inseguridad alimentaria baja en Venezuela, pero ya alcanza a la clase media, letzte Aktualisierung 12.10.2026.
[120] InSight Crime, How a Food Program Fueled Venezuela's Organized Crime, letzte Aktualisierung 09.09.2026.
[121] Der Spiegel, Wie Chavez' Vorzeigesiedlung zur Todesfalle wurde, letzte Aktualisierung 25.10.2026; NYT, How Venezuela's Public Housing Towers Were Built to Fail, The New York Times, letzte Aktualisierung 20.10.2026; AP, AP investigation: Warnings ignored as Venezuela coastal towers faced quake forces they couldn't take, The Associated Press, letzte Aktualisierung 30.09.2026; Reuters, The construction failures and risky geography behind Venezuela's quake tragedy, letzte Aktualisierung 29.06.2026.

Annex: Interviewprotokolle

Interview 1: Gespräch mit Franziska Jörns, online, 20. August 2026.

Franziska Jörns ist humanitäre Koordinatorin bei CARE Deutschland e.V. und koordiniert die globalen Kriseneinsätze des CARE-Netzwerkes.

1. Bereits vor den Erdbeben bestand in Venezuela eine humanitäre Notlage mit extremen wirtschaftlichen Problemen. 7,9 Mio. Menschen waren auf humanitäre Hilfe angewiesen und sind es noch immer. 56 % der Bevölkerung leben in extremer Armut. Die humanitäre Krise ist die stärkste unterfinanzierte Krise weltweit.
2. Die bereits vor den Erdbeben bestehenden Versorgungsprobleme wie Einschränkungen beim Zugang zu Trinkwasser und Ernährungsunsicherheit wurden durch die Katastrophe weiter verschärft. Zuvor hatten 62 % der Bevölkerung Einschränkungen beim Zugang zu Trinkwasser und 40 % waren von moderater bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen.
3. Auch das Gesundheitssystem war vor den Erdbeben chronisch unterfinanziert. Das medizinische Personal ist weiterhin stark belastet und die Ausstattung unzureichend.
4. CARE ist seit 2018 ausschließlich in Zusammenarbeit mit nationalen Partnerorganisationen in Venezuela tätig. Die Arbeit konzentriert sich mit einem Fokus auf psychosoziale Unterstützung und Gesundheit insbesondere auf den Schutz von Frauen und Mädchen sowie anderer vulnerabler Bevölkerungsgruppen.
5. CARE arbeitete bereits vor den Erdbeben u.a. mit frauengeführten Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. Hierbei ist insbesondere auch die Arbeit zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt von Bedeutung.
6. In Venezuela bestehen weniger zentralisierte staatliche Katastrophenschutzstrukturen wie bspw. in Kolumbien. Es existiert keine zentrale Behörde, die sämtliche Aufgaben im Zusammenhang mit Katastrophen bündelt. Es sind verschiedene Ministerien und Behörden beteiligt.
7. Die Koordinierung der Notunterkünfte ist insofern herausfordernd, weil die Einrichtungen unterschiedlichen Ministerien zugeordnet sind. Die Erteilung von Genehmigungen für den Zugang erfolgt nicht zentral und kann sich daher erheblich verzögern. Die Zusammenarbeit mit nationalen Partnerorganisationen ist von zentraler Bedeutung, da sie die Lage vor Ort kennen und Beziehungen zu Behörden haben. Dadurch kann ein erleichterter Zugang zu Notunterkünften ermöglicht werden. Diese Organisationen haben auch insgesamt einen leichteren Zugang zu den Notunterkünften als internationale Organisationen bzw. Akteure der UNO.
8. Die Unterbringung der betroffenen Personen stellt eines der größten aktuellen Probleme dar. Rund 18.000 Menschen haben ihre Wohnungen oder Häuser verloren und ca. 24.000 Betroffene leben in den 107 temporären Unterkünften.
9. Die von der Regierung geplante Umsiedlung eines Teils der Betroffenen in „Megazentren“ stößt bei ihnen auf erhebliche Bedenken, da insbesondere große Entfernungen zu Arbeitsplätzen, Gesundheitsdiensten und sozialen Netzwerken befürchtet werden.
10. Der operative Schwerpunkt der humanitären Hilfe von CARE liegt auf La Guaira und Caracas, wo sich auch die größte Konzentration von Notunterkünften befindet.
11. Die erste Phase der akuten Nothilfe läuft bis Dezember 2026 und geht dann in die sogenannte Phase der „Early Recovery“ über, die ihren Schwerpunkt auf die Wiederherstellung von Lebensgrundlagen und Gemeinschaftsstrukturen und Bildung legt.
12. Zu den besonders vulnerablen Gruppen, die von den Erdbeben betroffen sind, zählen Frauen und weibliche Haushaltsvorstände. Sie stellen ca. 60 % der Bewohnerinnen und Bewohner von Notunterkünften und sind dort häufig mit Kindern untergebracht. Besonders betroffen sind auch Frauen und Mädchen von erhöhtem Gewaltrisiko. Schwangere und stillende Mütter können außerdem durch die überlasteten Gesundheitsdienste nicht angemessen versorgt werden. Auch Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche und LGBTIQ+-Personen (insb. Transpersonen) gehören zu den besonders vulnerablen Gruppen.
13. Neben Maßnahmen im Bereich WASH (Water, Sanitation and Hygiene) und der Verteilung von Medikamenten ist CARE mit den Partnerorganisationen bei der Prävention und Bekämpfung

geschlechtsspezifischer Gewalt, der Aufklärung und Sensibilisierung, der Einrichtung sicherer Anlaufstellen, dem Fallmanagement und der Vermittlung an spezialisierte Dienste, wie bspw. rechtliche Beratungsangebote und medizinische Einrichtungen, tätig. Zusätzlich werden Maßnahmen zur Prävention sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs umgesetzt. Auch Aktivitäten im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes sind Teil der Maßnahmen.

14. Für Frauen und Mädchen wurden in den ersten Wochen „Dignity Kits“ verteilt, die u.a. Menstruationshygieneprodukte, Unterwäsche und Seife enthielten.
15. Im Rahmen der psychosozialen Unterstützung wurden individuelle Beratungen und Gruppensitzungen angeboten und durch eine Partnerorganisation eine Hotline eingerichtet.
16. Ersthelfende und Einsatzkräfte wurden auch psychosozial unterstützt.
17. In zahlreichen Notunterkünften bestehen erhebliche Defizite bei Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene. Der medizinische Bedarf bleibt ebenfalls sehr hoch.
18. Es existieren keine getrennten Sanitärbereiche für Frauen und Männer. Dieser Umstand erhöht insbesondere die Schutzrisiken für Frauen und Mädchen.
19. Für den Übergang von der Nothilfe zum Wiederaufbau sind u.a. die Wiederherstellung von Lebensgrundlagen, Einkommensmöglichkeiten und dauerhafte Wohnlösungen zentrale Herausforderungen. Auch die soziale Integration der umgesiedelten Familien spielt eine Rolle. Der Zugang zu Bildung stellt ebenfalls eine längerfristige Aufgabe dar, da die Unterbrechung des Schulbetriebs für Kinder und Jugendliche ein erheblicher Einschnitt ist.
20. Für die Bewältigung der Folgen der Erdbeben werden die Menschen auch weiterhin auf umfassende Hilfe angewiesen sein. Aufgrund der bereits vor den Erdbeben bestehenden wirtschaftlichen Probleme sind die Folgen der Katastrophe immens.
21. Auch nach dem Abklingen der akuten Krise sind regelmäßige Informationen über Versorgungslücken, den Fortbestand der Bedarfe und Verbesserungen der Situation erforderlich.
22. Generell müssen in Krisen- und Katastrophensituationen die Zuständigkeiten und Entscheidungshoheiten der jeweiligen Regierung berücksichtigt werden. Da arbeiten Hilfsorganisationen zuweilen in einem politisch sensiblen Umfeld. In Venezuela konnten bestimmte Maßnahmen, wie z. B. direkte Bargeldhilfen, noch nicht umgesetzt werden. Dafür ist die Zustimmung staatlicher Stellen erforderlich. In Kolumbien konnte diese spezifische Hilfsmaßnahme direkt umgesetzt werden.

Interview 2: Gespräch mit Jonas Jung, online, 21. August 2026.

Jonas Jung ist Nothilfekoordinator bei Malteser International und koordiniert die globalen Nothilfeaktivitäten. Unmittelbar nach den beiden Erdbeben vom 24. Juni 2026 war er für eine Woche in den betroffenen Gebieten im Einsatz.

1. Die beiden Erdbeben haben die bereits angespannte humanitäre Lage in den betroffenen Gebieten deutlich verschärft.
2. Bereits vor der Naturkatastrophe befand sich das Gesundheitssystem in einem sehr schlechten Zustand und stand kurz vor dem Kollaps. Ein großer Teil der Bevölkerung kann sich eine medizinische Versorgung nicht leisten und der Zugang zu Medikamenten, wie bspw. Antibiotika, ist erheblich eingeschränkt.
3. Malteser International ist eine Gesundheitsorganisation und konzentriert seine Aktivitäten auf die medizinische Versorgung, Maßnahmen im Bereich WASH (Water, Sanitation and Hygiene) und die Ernährungssicherheit.
4. Die Organisation ist seit vielen Jahren in Venezuela aktiv. Aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten ist das Engagement in Lateinamerika jedoch weitestgehend zurückgefahren worden. Der dauerhafte Aufbau neuer Strukturen in Venezuela ist u.a. bedingt durch den Wegfall deutscher und internationaler Finanzierungsmöglichkeiten nicht vorgesehen.
5. Im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Erdbeben hat Malteser International ein Nothilfemandat, das auf zwölf Monate begrenzt ist. Das Engagement im Land hat einen Fokus auf die Unterstützung der Betroffenen.

6. Durch die Beschädigungen am Flughafen von Caracas (Flughafen Maiquetía) wurde der kommerzielle Luftverkehr gesperrt. Das Team von Malteser International konnte durch Verbindungen zum Technischen Hilfswerk mit einer Bundeswehrmaschine am 27. Juni 2026 nach Venezuela gelangen.
7. Die Einsatzbasis befand sich in Caracas und von dort aus wurden weitere betroffene Gebiete entlang der Küste aufgesucht.
8. Malteser International arbeitet in Venezuela mit dem Malteser-Orden vor Ort und einer Partnerorganisation zusammen. Die Präsenz eines Partnerkoordinators war eine wertvolle Ressource, da der Mitarbeiter nach den Erdbeben unmittelbar in die Koordinierung der Nothilfe eingebunden werden konnte.
9. Fünf Tage nach den Erdbeben konnten erste mobile medizinische Teams in den betroffenen Regionen eingesetzt werden, die sowohl Menschen mit direkten Verletzungen als auch Personen mit chronischen Erkrankungen und anderen gesundheitlichen Problemen versorgten. Die mobilen Teams verfügten über medizinisches Fachpersonal und konnten u.a. Basismedikamente bereitstellen. Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Medikamenten wurden diese zum Teil aus Deutschland eingeflogen.
10. Zudem wurde psychosoziale Unterstützung geleistet, die sehr schnell in die Nothilfe integriert wurde, da die psychische Belastung für die Betroffenen sehr hoch war und sich auch erst zeitlich verzögert zeigen kann.
11. Auch für die Mitarbeitenden wurde psychologische Unterstützung u.a. in Form von Gruppenmeetings geleistet.
12. Etwa zwei Wochen nach den Erdbeben wurde die Unterstützung in den Notunterkünften durch die Ausgabe von Hygiene-Kits ausgeweitet, um u.a. Krankheitsausbrüche zu verhindern. Zudem sollten Handwaschstationen eingerichtet werden.
13. Die konkreten Hilfsmaßnahmen wurden und werden auf Grundlage von Bedarfsanalysen fortlaufend an die sich verändernden Bedarfe angepasst.
14. Die laufende Bedarfsermittlung erfolgt wesentlich über die lokalen Partner, die regelmäßig an Koordinierungsmechanismen mit staatlichen Stellen und UNO-Akteuren teilnehmen.
15. Bei vielen Menschen ist kein Vertrauen in den Staatsapparat vorhanden. Dieses Misstrauen wird öffentlich nicht kundgetan, da man die Folgen nicht einschätzen kann. Das mangelnde Vertrauen zeigte sich bspw. darin, dass Bewohnerinnen und Bewohner beschädigter Gebäude staatlichen Einschätzungen zur Gebäudesicherheit keinen Glauben schenkten.
16. Die Umsiedlung der Betroffenen in staatliche Wohnkomplexe könnte dadurch erschwert werden, dass diese teilweise weit von den bisherigen Wohnorten entfernt liegen.
17. Viele Betroffene haben neben ihrem Wohnraum auch ihre Erwerbsmöglichkeiten verloren.
18. Für die längerfristige Phase des Wiederaufbaus spielen die Beseitigung des Schutts, die Bereitstellung von Wohnraum und die Wiederherstellung von Einkommen und Lebensgrundlagen eine tragende Rolle.
19. Trotz einer weiterhin hohen Militär- und Polizeipräsenz sowie eines ausgeprägten Überwachungsumfelds konnten die Mitarbeitenden von Malteser International ihre Arbeit vor Ort grundsätzlich wie erforderlich durchführen.
20. Das Land verfügt zwar über einen relativ großen Staatsapparat, jedoch fehlen Ausstattung, Strukturen und Erfahrungen, um effizient und gezielt auf eine Naturkatastrophe reagieren zu können. Die staatlichen Strukturen sind mit der Reaktion auf die Auswirkungen der beiden Erdbeben überfordert. Es fehlte bspw. an Rettungswagen, sodass zum Teil Verletzte privat auf Motorrädern in die Krankenhäuser transportiert werden mussten.
21. Im direkten Vergleich zur Situation nach dem Erdbeben in Kolumbien wurde deutlich, dass die lokalen Katastrophenschutz- und Hilfsstrukturen in Venezuela deutlich weniger leistungsfähig sind.
22. Die deutsche und internationale mediale Berichterstattung über die Erdbeben hat bereits nach wenigen Tagen deutlich abgenommen.
23. Die Hilfsbereitschaft im Land selbst und in der venezolanischen Exil-Gemeinschaft war sehr hoch. Allgemein ist die lateinamerikanische Exil-Gemeinschaft sehr hilfsbereit und gut vernetzt.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

ISSN

2943-7938

Stand

11/2026

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de
https://milo.bamf.de

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de